

Deutschland.

Berlin, 1. Juli. Graf Bismarck ist in Folge einer Erkältung seit gestern leidend, doch ist, wie wir hören, bereits heute eine Besserung in seinem Befinden eingetreten. — Der Reichstag hatte nach seinem Beschluß vom 18. April d. J. an den Bundeskanzler die Aufforderung gerichtet, einen Entwurf eines gemeinsamen Strafrechts und eines gemeinsamen Strafprozesses, sowie die dadurch bedingten Vorschriften der Gerichtsorganisation bald thunlichst bearbeiten und dem Reichstag vorlegen zu lassen. Der Ausschuß des Bundesraths für das Justizwesen, der mit der Berathung des Reichstagsbeschlusses beauftragt war, hat die Ueberzeugung gewonnen, daß dieser Antrag Berücksichtigung verdiene. In Folge dessen hat der Ausschuß beantragt: der Bundesrath wolle beschließen, den Bundeskanzler zu ersuchen: 1) den Entwurf eines gemeinsamen Strafgesetzbuchs 2) den Entwurf einer gemeinsamen Strafprozeßordnung für die Staaten des norddeutschen Bundes und zwar zunächst den Entwurf eines gemeinsamen Strafgesetzbuchs auszuarbeiten zu lassen und dem Bundesrath zur weiteren Beschlußfassung vorzulegen. — Die Schwierigkeiten, welche dem Abschluß des heute unterzeichneten Vertrags, den Briefverkehr zwischen dem norddeutschen Bunde und Belgien betreffend, entgegenstanden, lagen in der Beförderung der amerikanischen Briefe über Belgien. — Der Oberkirchenrath hat die Absicht, in diesem Jahre eine Haus- und Kirchenkollekte zur Abstellung der Nothstände in der evangelischen Diaspora abhalten zu lassen. Es sollte dieselbe schon in der Zeit zwischen Oetern und Pfingsten vorgenommen werden, doch ist sie mit Rücksicht namentlich auf die Nothstände in einzelnen Theilen der Monarchie bis nach der Ernte verschoben worden. — Durch Cirkular-Erlaß hat der Oberkirchenrath den Konsistorien eine summarische Uebersicht über die in den verschiedenen Konsistorial-Bezirken der alten Landestheile im Jahre 1867 mit dem Wahlfähigkeitszeugniß versehenen, resp. ordinierten Kandidaten der evangelischen Theologie mitgeteilt. Hiernach erhielten in sämmtlichen 8 Provinzen 242 Kandidaten, im Vorjahr 243 das Wahlfähigkeitszeugniß und wurden 244, im Vorjahr 214 ordiniert. Die meisten Kandidaten wurden ordiniert in der Provinz Brandenburg, nämlich 56, dann in der Provinz Sachsen 41, Schleisen 34, Pommern und Rheinland 28, Westphalen 23, Preußen 22 und Posen 12. — Das von dem Ob. Ober-Baurath Wiebe aufgestellte Kanalsystem für Berlin zur Befestigung der Auswurfstoffe hat eine erhebliche Erweiterung erfahren. Es soll dasselbe, soweit das Stadtgebiet geht, mit der Spree nicht in Berührung kommen, auch sollen die übrigen Wasserleitungen der Stadt davon frei gehalten werden. Unterhalb der Stadt werden die Auswurfstoffe in ein großes Bassin geleitet und der Landwirtschaft zugänglich gemacht.

Berlin, 1. Juni. Man behauptete neulich, der Bundeskanzler v. Bismarck hätte Feuerdring, um die nord-schleswigsche Sache in Ordnung zu bringen, ein Ultimatum an Dänemark gestellt. Davon kann aber, wie man der „M. Z.“ von hier schreibt, im Ernst nicht die Rede sein. Es giebt wohl in so fern eine nord-schleswigsche Frage, als noch nicht im Entferntesten entschieden ist, wie ungefähr Preußen und Dänemark sich auseinandersetzen werden, allein die Auseinandersetzung irgend wie zu beschleunigen, hat Preußen für jetzt keinerlei Interesse, und noch weniger kann es daran denken, durch die Stellung eines Ultimatum an Dänemark die Spannung zu forciren. Es interessiert sich keine einzige europäische Macht für die Art und Weise, in welcher schließlich über Nord-schleswig entschieden werden wird. Daß Preußen und damit also Deutschland zu kurz kommen werde, glaubt Niemand; auch ist Deutschland in seinem vollen Rechte, wenn es Nord-schleswig möglichst für sich zu behalten bestrebt ist. Der Artikel V des Prager Friedens verleiht seine Fassung dem diplomatischen Eifer Frankreichs, das einigermaßen geschont werden mußte, weil Preußen nicht in der Lage und Willens war, sich im Jahre 1866 außer Deutschland und den meisten deutschen Kleinstaaten noch Frankreich als Feind auf den Leib zu ziehen. Inzwischen jedoch hat das Tuilerien-Kabinet sich wesentlich beruhigt und es legt, nachdem es im vorigen Jahre mit seinen Interventionsgelüsten Fasto gemacht hat, jetzt, wie man vielfach annimmt, selbst kein großes Gewicht mehr auf den selbigen Artikel V des Prager Friedens. Die Verhandlungen mit Dänemark ruhen so gut wie ganz. Zu einem Ultimatum liegt auch nicht die geringste Veranlassung vor.

In der Abend Sitzung des norddeutschen Bundesraths am Freitag wurde das Gesetz über Aufhebung der Schuldbast in der vom Reichstage gewählten Fassung genehmigt, die Resolution, betreffend die Beschlagnahme noch nicht verdienter Löhne, an den höchsten Ausschuß verwiesen. Die Bevollmächtigten, mit Ausnahme einiger, die nicht instruiert waren, erklärten sich bereit, die von der deutsch-österreichischen Gesellschaft auf 16,000 Thlr. berechneten Kosten einer Expedition zur Beobachtung der am 10. August eintretenden Sonnenfinsterniß nach dem Matrifelsage zusammenzuschließen. Sodann wurden die Etats berathen und im Wesentlichen nach den Anträgen der Ausschüsse angenommen.

Die vorgestern erwähnten Veränderungen, welche der Gesetzentwurf über die Maß- und Gewichtsordnung in der Kommissionberathung erfahren hat, sind folgende: Zunächst wurde eine Umstellung des Artikel 3 und 4 vorgenommen, so daß letzterer jetzt Artikel 3 ist und in diesen neuen §. 3 des Gesetzentwurfs wurde hinter Alinea 3 eingefügt: 10 Meter heißen ein Dekameter. Der Artikel 5 wurde gänzlich gestrichen, weil anstatt der Ruthe, die nur 5 Meter enthalten sollte, der Dekameter von 10 Metern in den Art. 3 bereits eingeführt war. Man wollte auch im Interesse der Einheit des Verkehrs jeden deutschen Ausdruck, wie „Morgen“ und „Klafter“ im Art. 5, „Melle“ in Art. 6 und „Pfund“ in Art. 7 vermeiden, und des halb strich die Kommission

die Art. 5 und 6 gänzlich, setzte Art. 7 als Art. 5 und gab demselben folgende Fassung: „Art. 5. Das Kilogramm bildet die Einheit des Gewichts; das Kilogramm ist das Gewicht eines Liters destillirten Wassers bei 4° des hunderttheiligen Thermometers. Das Kilogramm wird in 100 Gramme getheilt mit Decimal-Unterabtheilungen; 10 Gramme heißen ein Decagramm, der zehnte Theil eines Grammes heißt ein Decigramm, der hundertste ein Centigramm, der tausendste ein Milligramm. Die Tonne ist gleich 1000 Kilogramm.“ — Es wurde zugleich beschlossen, als Prinzip auszusprechen, daß das Wort „Decagramm“ zum Unterschiede von dem Worte „Decigramm“ mit einem „r“ geschrieben werden solle. Ferner wurde Art. 9, der nach Streichung von Art. 5 und 6 zum Art. 7 wird, in folgender Fassung angenommen: „Artikel 7. In Betreff des Münzgewichtes verbleibt es bei dem im Artikel 1 des Münzvertrages vom 24. Januar 1857 gegebenen Bestimmungen.“ Bei Art. 12 (jetzt 10), welcher von der Anwendung des Thermometers zur Ermittlung des Alkoholgehaltes spricht, war in der Kommission der Antrag gestellt worden, auch bei dem Thermometer die Hunderttheilung einzuführen. Der Antrag wurde jedoch verworfen, da der Reglerungs-Kommissar sich wegen der zu ziehenden Konsequenzen dagegen aussprach. Die übrigen vorgenommenen Änderungen waren nur redaktioneller Natur. Schließlich wurde auf Antrag des Abgeordneten Freltern v. Hoyerbed eine Resolution angenommen, dahin gehend: die Bundesregierung zu ersuchen, auch ein Münzgewicht nach decimalischem Systeme durch Verträge mit den übrigen Regierungen herbeizuführen, auch dahin zu wirken, daß Änderungen im Maß-, Gewichts- und Münzsystem gegen dieses Dezimal-System nur nach vorgängiger Konferenz mit den übrigen Staaten vorgenommen werden sollen. Die Kommission beschloß schriftlichen Bericht und ernannte den Abgeordneten Freiherrn von Hoyerbed zum Referenten für das Plenum.

Nachdem das preussische Staats-Telegraphenwesen vom Handelsministerium an die Bundes-Verwaltung übergegangen und der Telegraphendienst im norddeutschen Bunde durch die Telegraphen-Ordnung vom 24. Dezember v. J. geregelt worden ist, erschien es als notwendig, auch für die Benutzung der Eisenbahn-Telegraphen zur Beförderung von Privat-Depeschen innerhalb des ganzen Bundesgebietes ein gleichmäßiges Verfahren festzusetzen. Es ist deshalb auf Grund der Bundes-Telegraphen-Ordnung auch in dieser Beziehung ein neues Reglement entworfen worden, welches mit dem 1. Juli d. J. in Kraft treten soll und für die preussischen Eisenbahnen also an die Stelle des früheren Reglements vom 1. Juli v. J. tritt, mit dem es übrigens in allen wesentlichen Punkten übereinstimmt.

Mehrere Zeitungen brachten in diesen Tagen folgende Notiz: Es gilt jetzt für sicher, daß die Regierung beabsichtigt, nach Beendigung der Kommissions-Berathungen die Gesetvorlage wegen der Gewerbeordnung zurückzuziehen, um dem nächsten Reichstage einen neuen, mit Rücksicht auf die Beschluß der Kommission ausgearbeiteten Gesetzentwurf vorzulegen. Diese Angabe entbehrt jeder thatsächlichen Grundlage, da bisher wegen Zurückziehung des Gewerbeordnung-Entwurfs ein Beschluß der Staatsregierung weder gefaßt, noch auch nur angeregt worden ist.

Die Civilprozeß-Kommission des Bundesraths hat nach Schluß der 67. Sitzung ihre Plenarberathungen wegen des Pfingstfestes auf einige Tage ausgesetzt, während der Redaktions-Ausschuß noch in Thätigkeit verbleibt. In derselben soll man, nachdem die Grundzüge des Verfahrens festgestellt sind, keineswegs die im Reichstag laut gewordene Ansicht theilen, daß der Abschluß des ihr anvertrauten Werks in unabsehbarer Ferne gerückt sei. Im Gegentheil hofft man die umfangreiche Aufgabe vielleicht noch im laufenden Jahre, spätestens zu Anfang des nächsten Jahres, zu erledigen.

Wie die „Jeh. Nachr.“ vernehmen, ist in jüngster Zeit die Rendsburger Festungsfrage Gegenstand der Beratungen im Kriegsministerium gewesen und soll dahin entschieden sein, daß Rendsburg nicht als Festung, wohl aber als „fester Waffenplatz“ künftig angesehen und danach verfahren werden solle. Demgemäß müßte ein Theil der no. vorhandenen Wälle und Mauern der Demolirung überliefert werden, und würde die Stadt für ihre territoriale Erweiterung und Entwicklung den notwendigen Raum, woran es bisher so sehr gefehlt hatte, gewinnen. Ferner würde mit dieser Entscheidung der lange projektirte und viel erörterte Bau eines städtischen Bahnhofes endlich zur Perfektion gelangen.

Dresden, 30. Mai. Die Thronrede, mit welcher der König heute Mittag den Landtag geschlossen hat, lautet im Wesentlichen: „Meine Herren Stände! Der Landtag, welcher heute geschlossen wird, bildet in seiner zweimal unterbrochenen Thätigkeit einen der wichtigsten Abschnitte des sächsischen Verfassungslebens. War es in der ersten Periode desselben zunächst Ihre Aufgabe, den durch politische Ereignisse notwendig gewordenen Änderungen in der äußeren Stellung Sachsens die gesetzliche Sanction zu erteilen, so haben Sie durch ungestümes und entschlossenes Vorgehen in diesem Bezuge den geänderten Verhältnissen eine neue legale Grundlage gegeben und dadurch wesentlich mit dazu beigetragen, daß Sachsen auch in dem neubegründeten norddeutschen Bunde eine geachtete Stellung erlangt hat. Im ferneren Verlauf kam es darauf an, auch unsere inneren Verhältnisse der neuen Ordnung der Dinge anzupassen und an denselben mit ungebrochenem Muthe die für zweckmäßig erkannten Verbesserungen anzustreben. Zunächst mußte unser Staatshaushalt auf neuer Grundlage geordnet werden, und hier gereicht es mir zu besonderer Zufriedenheit, aussprechen zu können, daß ohneachtet der unvermeidlichen finanziellen Opfer und Mehrausgaben, es den vereinten Bemühungen der Regierung und der Stände gelungen ist, diese neue Ordnung in einer Art zu

bewirken, durch welche weder den Steuerpflichtigen drückende Lasten auferlegt, noch die Ausgaben für dringende Bedürfnisse der Verwaltung über die Gebühr beschränkt werden.

Eine wichtige Angelegenheit, die schon oft Ihre Thätigkeit in Anspruch genommen hat, die Berathung der neuen Kirchen- und Synodalordnung für die evangelisch-lutherische Kirche Sachsens, ist diesmal zu einem befriedigenden Resultate gelangt. Ist dadurch die Stellung der Kirche zum Staate eine freiere und klarere geworden, so hoffe ich auch, daß die den Kirchengemeinden und der Gesamtheit der Kirche gewährte freiere Theilnahme an den kirchlichen Angelegenheiten dazu beitragen werde, das im Volke tief begründete religiöse und sittliche Element zu beleben und zu stärken.

Und wie durch das von Ihnen genehmigte Emeritirungsgesetz für Volksschullehrer die Lage der letzteren wesentlich günstiger werden wird, so haben Sie auch durch mehrfache Bewilligungen Ihr lebhaftes Interesse für unsere Bildungsanstalten aufs Neue bewährt.

Daß es Ihnen gelungen ist, noch in den letzten Tagen ihrer städtischen Wirksamkeit die Vorlagen, welche die Einführung des Geschworenen-Instituts betreffen, zur Erledigung zu bringen, habe ich mit besonderem Danke anzuerkennen. Bei der politischen Bildung, welche das sächsische Volk durch die längere Theilnahme an öffentlichen Angelegenheiten erlangt hat, hoffe ich, das dieses Institut sich bei uns rasch einleben und um so günstigere Resultate gewähren wird, als sein Prinzip in den Gesetzen rein durchgeführt und vom lästigen Formalismus befreit ist. Ein wichtiger und mit Gottes Hülfe segensreicher Schritt ist auch durch die beschlossene Abschaffung der Todesstrafe geschehen. Die Frage ist so ernster Natur und greift so tief in das menschliche Gewissen, daß jede aufrichtige Ueberzeugung, sei sie auch von der eigenen verschieden, hier vor Allem Achtung gebietet, und es war mir daher auch weder unerwartet, noch unerwünscht, auf Widersprüche zu stoßen. Auch mir ist der Entschluß nicht leicht geworden. Er ist aber hervorgegangen nicht aus bloß theoretischen Bedenken, sondern aus der Erwägung, daß bei der nach dem Charakter des sächsischen Volkes anzunehmenden Entbehrlichkeit dieses Strafmittels für die gewöhnlichen Verhältnisse seine Beibehaltung den entgegenstehenden gewichtigen Zweifeln gegenüber nicht ferner gerechtfertigt erscheine. Und so hoffe ich denn, daß bei den gemachten günstigen Erfahrungen Sachsen die Ehre vorbehalten ist, einen Schritt gethan zu haben, der vielleicht in weiteren Kreisen dereinst Nachahmung findet.

Wenn Sie endlich Ihre Zustimmung zu dem beantragten Veränderungen der Verfassungsurkunde und des Wahlgesetzes geben haben, so lieferten Sie durch diesen Beschluß, der das Opfer so mancher liebgewordenen Einrichtungen und Verhältnisse erheischte, einen neuen Beweis Ihrer patriotischen Gesinnungen. Auch ich sehe Sie heute nicht ohne Wehmuth scheiden, da ich seit langen Jahren gewohnt war, mit Ihnen in Ihrer seitherigen Zusammenlegung gemeinschaftlich so vieles Nützliche für das theure Vaterland ins Leben zu rufen und manchen schönen Augenblick patriotischer Erhebung bei dem Zusammenwirken mit ihnen erlebt habe. Waren aber die beschlossenen Veränderungen sowohl durch äußere Verhältnisse, als durch die Umgestaltung unseres inneren Volkslebens geboten, wurden sie mit Umsicht und weiser Rücksicht auf das Bestehende bewirkt, so hoffe ich mit Zuversicht von dem bewährten, gesunden Sinn des sächsischen Volkes, daß auch die aus der neuen Wahlart hervorgehende Ständeversammlung den alten besonnenen Geist, das alte Vertrauen zu mir und die alten, loyalen und patriotischen Gesinnungen bewahren wird, durch die sich von jeder die sächsischen Stände ausgezeichnet haben. Sie, meine Herren Stände, können mit dem Bewußtsein von hier scheiden, eine große Aufgabe mit Aufopferung und Gewissenhaftigkeit gelöst zu haben.

Gotha, 30. Mai. Der Landtag lehnte in heutiger Sitzung das zur Deckung des Defizits bestimmte Gewerbesteuerergesetz ab, und beschloß auf das vorgelegte Stempelsteuergesetz einzugehen.

Ausland.

Wien, 31. Mai. Die „Wiener Zeitung“ dementirt „auf Grund umfassender Erhebungen“ die Nachrichten über die Bildung polnischer Insurrektionsbänden in Galizien. Sie führt die Quelle derselben auf die subalternen russischen Grenzbehörden zurück und fügt hinzu, es seien kürzlich auf Verwendung des österreichischen Konsulats in Warschau jene Behörden zu glimpflicherer Behandlung der Provenienzen aus Galizien angewiesen worden, eine Befehung, welche von denselben mit großem Widerwillen aufgenommen sei.

Wien, 30. Mai. Der Kaiser hat dem bisherigen russischen Gesandten in Wien, Grafen Stadelberg, das Großkreuz des Leopold-Ordens verliehen.

Haag, 30. Mai. Der König hat heute Thobede in einer Privataudienz empfangen. Man sieht der baldigen Ernennung eines neuen Ministeriums entgegen.

Paris, 30. Mai. Die äußeren Dispositionen über die Reise und das Reisegefolge des Prinzen Napoleon sind, wie der „Deb.“ mitgeteilt wird, nunmehr vollständig festgestellt und die Reise wird wahrscheinlich schon heute angetreten werden. Der Prinz verläßt Paris wahrscheinlich Montag, und zwar, wenn man von der Dienerschaft absteht, mit einem Gefolge von vier Personen. Der Prinz reist nämlich in der Gesellschaft seines Leibarztes, zweier Adjutanten und des Herrn v. Schäffer. Währenddem jedoch die beiden Adjutanten durchaus keine bedeutenden militärischen Namen sind, verdient Herr v. Schäffer eine ganz besondere Aufmerksamkeit. Herr v. Schäffer ist eine in den diplomatischen Kreisen von Paris wohl gekannte und ebenso geschätzte Persönlichkeit. Er ist der erste Interpret des Kaisers Napoleon, (premier interprète de l'empereur), genießt das vollste Vertrauen desselben und ist eine

Autorität in orientalischen Angelegenheiten, was er auch hinlänglich betätigt haben soll, als er längere Zeit hindurch Agent des Kaisers Napoleon III. im Orient gewesen.

Prinz Napoleon trifft am 8., spätestens 9. Juni in Wien ein. Nicht ohne Zusammenhang mit diesem Besuche dürfte es sein, daß die Kaiserin am 10. Juni aus Wien nach Schönbrunn zurückkehrt. Prinz Napoleon wird in Wien vier und in Pesth höchstens zwei Tage verweilen.

Paris, 30. Mai. So aussichtslos auch die Legitimisten auf alle Fälle wären, so verfolgte doch der Graf von Chambord den Verlauf der Dinge in Paris mit großer Aufmerksamkeit. Es ist daselbst ein Brief: „Heinrich V. an Franz II.“ in Umlauf, worin jener die Zuversicht ausdrückt, das Kaiserreich nahe seinem Ende und den ehemaligen König von Neapel auffordert, sich bereit zu halten.

Einen gefährlichen Bundesgenossen hat die Opposition der Legitimisten und der Orleansisten in den neuen finanziellen Arbeiten des zu Paris weilenden Horn. Dessen neue Broschüre wird den 2. Juni unter dem Titel erscheinen: „Dritte Milliarde, sei mir gegrüßt!“ Der Verfasser weist auf Grundlage neuer Untersuchungen in dieser Antwort auf die amtliche Widerlegung seiner ersten Broschüre nach, daß, Dank sei es der Verschwendung des Kaiserreiches, die Lasten, welche das französische Volk zu tragen hat, drei Milliarden übersteigen. Das National-Einkommen ist 15 Milliarden stark und der Franzose zahlt also je $\frac{1}{5}$ seines Einkommens an den Staat — die ärmeren Klassen sogar $\frac{1}{4}$ — $\frac{1}{3}$, da diese bei den vorhergehend indirekten Steuern noch weit empfindlicher getroffen werden.

Paris, 30. Mai. Der russische Botschafter Graf Stadelberg ist hier angekommen. — Der österreichische Botschafter Fürst Metternich und der Minister des Auswärtigen Marquis de Moustier sind in Betreff der von Oesterreich vorgeschlagenen Couponssteuer dahin übereingekommen, daß diese Angelegenheit keinen Einfluß auf die politischen Beziehungen der beiden Regierungen haben solle. — Der Konflikt mit Tunis ist noch nicht beigelegt.

Im gesetzgebenden Körper wurde heute nach dreitägiger Debatte der Gesetzentwurf über die mit Unterstützung und Garantie des Staates zu gründenden Versicherungskassen für Todes- und Unglücksfälle, welche bei industriellen und landwirtschaftlichen Arbeiten entstehen, einstimmig von den anwesenden 215 Deputirten angenommen.

Der „Konstitutionnel“ sagt in Erwiderung auf die gegen seine Besprechung der Thronrede des Königs von Preußen von der „Kreuzzeitung“ und der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ gerichteten Artikel, daß es den vom Könige zum Ausdruck gebrachten erhabenen Gesinnungen und seiner Geradheit gegenüber eine Beleidigung sein würde, ihm den Gedanken unterzuschleichen, er könne bei Verträgen, die er unterzeichnet, einen Unterschied machen zwischen solchen, welche er beobachtet und solche, welche er annulliren wolle.

Nouen, 31. Mai. Der Kaiser und die Kaiserin sind zum feierlichen Schluß der landwirtschaftlichen Ausstellung hier eingetroffen. Der Maire der Stadt, so wie der Cardinal Bonnehofe begrüßten den Kaiser mit Ansprachen. Auf die Rede des Maires erwiderte der Kaiser, indem er mit Bedauern der Einbußen gedachte, welche die Gewerbe und Ackerbau treibende Bevölkerung in der letzten Zeit erlitten habe. Er sprach gleichzeitig die Hoffnung aus, daß diese Zeit jetzt vorüber sei. In seiner Erwiderung auf die Begrüßung des Cardinals hob der Kaiser namentlich hervor, daß man die Liebe zu Gott und die Liebe zum Vaterlande niemals von einander trennen dürfe. Die Bevölkerung begrüßte das Kaiserpaar mit großem Enthusiasmus.

Florenz, 30. Mai. Der Finanzminister besteht darauf, daß die Kammer nicht eher geschlossen werden, als bis die zu ergreifenden finanziellen Maßregeln vollständig erledigt sind. — Der Abgeordnete Genero, welcher sein Mandat niedergelegt hatte, ist unter der Anklage der Fälschung von Bankbills verhaftet worden. — Baron Malaret ist aus Frankreich hier wieder eingetroffen.

Florenz, 31. Mai. Der König ist von Turin angekommen. Die „Opinione“ meldet, den Abschluß eines Vertrages zwischen England, Frankreich und Italien, welche die Sicherung der Rechte und der Interessen deren Unterthanen gegen Tunis, Frankreich habe auf seine separate Vereinbarung mit dem Bey Verzicht geleistet und sich bereit erklärt, in Gemeinschaft mit England und Italien zu handeln. Eine französische Note, welche der italienischen Regierung mitgeteilt worden sei, drücke die Uebereinstimmung mit dem von Lord Stanley eingeleiteten und von Italien vollständig gebilligten Besahren aus. Die „Opinione“ meldet auch, daß die französischen Truppen wahrscheinlich vor der Zusammenberufung des östlichen Konzils werden von Rom zurückgezogen werden.

Rom, 30. Mai. Der Paps ist ein wenig unpäplich. Zahlreiche Emissäre sind jüngst von Rom abgesandt worden, um in Europa Rekruten für die päpstliche Armee anzuwerben. — Eine spanische Fregatte ist in Civita-Vecchia angekommen und bleibt daselbst zur Verfügung des Herzogs von Girgenti. — Der „Observatore Romano“ widerlegt die böswilligen Gerüchte in Betreff der Ursache des Todes des Cardinals Andrea. Die Leichenschau habe ergeben, daß der Tod durch Tuberculose und eine starke Affektion der Gehirnhaut erfolgt sei.

Der in einigen Zeitungen veröffentlichte angebliche Brief des Grafen Chambord gelegentlich der Vermählung des Grafen Girgenti mit der Tochter der Königin Isabella wird von dem „Observatore Romano“ für unecht erklärt.

Lissabon, 29. Mai. Es heißt, der Finanzminister Dias Ferreira sowie der Minister der öffentlichen Arbeiten do Conto hätten ihre Demission eingereicht wegen der Opposition, welche ihr Kontrakt mit der Südbahn im Hause der Deputirten gefunden habe.

Lissabon, 30. Mai. Der Graf Avila erklärte in der Kammer, daß die Regierung aus dem Kontrakt mit der Südbahn keine Kabinetsfrage machen werde. Die Angelegenheit solle einer Kommission von Deputirten überwiesen werden, von deren Bericht das weitere Verfahren der Regierung abhängen werde. Der Finanzminister und der Minister der öffentlichen Arbeiten behalten ihre Portefeuilles.

London, 29. Mai. Um der herrschenden Ungewißheit über die Dauer der Parlamentssession und den Zeitpunkt der Neuwahlen ein Ende zu machen, wird Mr. W. Foster, Mitglied für Bradford, heute Abend an das Ministerium die Frage richten

1) „Wann es das Parlament aufzulösen gedenke?“ 2) „Wann es an die neuen Wahlkörper appelliren werde?“ und 3) „welche Schritte der Premierminister zu nehmen im Sinne habe, um sein Versprechen einer frühzeitigen allgemeinen Neuwahl und einer Herbstsession zu erfüllen?“ Herr Disraeli wird sich wohl endlich entschließen müssen, eine bestimmte Antwort auf diese schon in mancherlei Variationen an ihn gerichteten Fragen zu ertheilen.

Petersburg, 31. Mai. Das „Journal de St. Pétersbourg“ dementirt die Mittheilung der „Correspondance Nordest“, daß der russische Konsul in Bukarest die Instruktion erhalten habe, das Ministerium Brattiano zu unterstützen. Ebenso unrichtig sei es, daß das Petersburger Kabinet entschlossen sei, seinen ganzen Einfluß aufzubieten, um das Ministerium Brattiano zu halten.

Bukarest, 30. Mai. Die Konsuln Frankreichs und Englands thun im Auftrage ihrer Regierungen Schritte, die Forderungen Oesterreichs in der Judenangelegenheit nachdrücklich zu unterstützen. — Die Session der Kammer wird bis zum 12. Juni verlängert.

Washington, 21. Mai. Die von dem Repräsentantenhaufe ernannten Leiter der Anklage gegen den Präsidenten Johnson interpellirten in der gestrigen Sitzung des Senatsgerichtshofes den Senator Henderson über das von ihm zu Gunsten Johnson's abgegebene Votum. Henderson versicherte, daß dasselbe durch keine Beeinflussung bestimmt gewesen sei, bestritt das Recht der Anklagevertretung, die Handlungsweise der Senatoren zu kritisiren und sagte, er würde nicht wieder im Senate erscheinen, bis die Angelegenheit dem Urtheile derselben unterbreitet sei. — Die republikanische Konvention von Chicago ist gestern mit Zulassung von Delegationen der Südstaaten zusammengetreten.

Washington, 30. Mai. Grant und Colfax haben die ihnen von der Konvention von Chicago angetragene Kandidatur für die Präsidentschaft resp. Vicepräsidentschaft angenommen. Der Präsident Johnson hat den General Schofield zum Kriegsminister ernannt; der Senat hat die Ernennung bestätigt.

Pommern.

Stettin, 2. Juni. „Dein Register hat ein Loch, Du hast das Gift vergessen!“ so tönt es übermüthig in Schillers Räubern. — „Dein Register hat ein Loch, Du hast vergessen, daß das Bundesgesetzblatt per Eisenbahn und nicht per Telegraph versandt wird!“ so tönt es klagend dem norddeutschen Bunde aus den Provinzial-Schuldgefängnissen zu, deren Insassen wohl an vielen Orten mit den Häftigen das Schicksal theilen werden, daß das Bundesgesetzblatt der Befreiung nicht zur rechten Zeit an ihrer Arche angelangt ist. — Ja, sie sitzen noch, die Stettiner Staatsgefangenen! Vergebens haben Reichstag, Bundesrath und Staatsanwalter sich bemüht, mit dankenswerther Eile vor Pfingsten alles zu vollenden; das Bundesgesetzblatt ist weder am ersten noch am zweiten Feiertage nach hier versandt worden; und von dessen Veröffentlichung hing die Entlassung zum Feste ab. — Wir können den Enttäuschten nur zurufen: Glücklich ist, wer vergißt, was nicht mehr zu ändern ist.

Ehe die Schuldhaft mit allen tragischen und komischen Vorfällen, die sie im Gefolge hatte, in das Reich der Mythe sinkt, dürfte es sich lohnen, eine Begebenheit, die vor einiger Zeit an unserm Orte sich zutrug, der Vergessenheit zu entreißen. — Ein Kornträger wurde wegen einer Schuld von einigen Thalern durch den Exekutor zum Personalarrest befördert. In dem Bureau des unliebsamen Lokals treffen die Beiden eines zweiten Dieners der Themis, der ebenfalls sein Opfer in Gestalt eines zweiten Kornträgers mit sich schleppt. Sie sehen und erkennen war für die beiden Unglücklichen das Werk eines Augenblicks. Aber welches Erkennen! — Jeder fand in dem Andern nicht Bruder, nicht Freund, sondern — den Gläubiger, der ihn hinter Schloß und Riegel brachte. — Bis zu dieser gegenseitigen Festlegung hatten es die verbissenen Gemüther schließlichs gebracht. — Was weiter? Der zunächstliegende Gedanke war, die Schuld, und den Arrest zu kompensiren. Aber nein, der Durst nach Rache überwiegt in Beiden das Gefühl der eigenen Demüthigung. Ruhig ließen sie sich einsperren, ruhig saßen sie in demselben Lokale mit wahrhaft pommerischer Zähigkeit zwölf Tage neben einander, und erst, als Jeder durch den ausgestandenen Arrest des Gegners sich befriedigt fühlte, erfolgte die Einigung. — Nucleus Scävola aber, der sich bekanntlich aus Patriotismus bei lebendigem Leibe die Hand braten ließ, drehte sich in dieser Zeit im Grabe um, und rief, von der pommerischen Standhaftigkeit in den Schatten gestellt, trauernd aus: „Wo bleib' ich?“

— **Er. Königl. Hoheit der Kronprinz hat im Namen Sr. Maj. des Königs als Protectors des National-Danks für Veteranen u. A. folgende Personen zu Verwaltungs-, beziehungsweise Ehren-Mitglieder der Stiftung ernannt und die Patente am 17. Mai vollzogen:** Zu Verwaltungs-Mitgliedern: den Oberst und Kommandant von Stralsund, v. Bischoffshausen, zum Regierungs-Bezirks-Kommissarius für den Regierungsbezirk Stralsund, den Major und Landrath a. D. v. d. Landen zu Bergen zum Schatzmeister für den Kreis Rügen, den Kreis-Sekretär Haas in Bergen zum Schriftführer für den Kreis Rügen, den Bezirks-Kommandeur Major v. Zepelin in Stralsund zum Verwaltungs-Mitgliede des Regierungs-Bezirks Stralsund, den Landrath, Major a. D. v. Platen in Reischoltz, Kreis Rügen, und den königlichen Rittmeister a. D. v. Hertel zu Teschenhagen, Kreis Rügen, zu Verwaltungs-Mitgliedern des Kreis-Kommissariats Rügen. Zu Ehren-Mitgliedern: den Gerichtsath a. D. und Bürgermeister der Stadt Stolp, H. Schlüssel, den Domainen-Pächter R. Holsten in Steinhagen, Kreis Rügen.

— Wie wir erfahren, wird das neue Arsenal auf dem Plage zwischen der Karls- und Charlottenstraße erbaut werden und sind die Erdarbeiten zu diesem Zwecke bereits in Angriff genommen.

— Bei dem ziemlich günstigen Wetter, dessen wir uns während der beiden Pfingstfeiertage erfreuten, war die Zahl derjenigen, welche theils zu Lande, theils zu Wasser Ausflüge unternahmen, nach allen Richtungen hin außergewöhnlich groß. Die Dampfschiffe waren stets bis auf den letzten Platz und ebenso die an beiden Tagen stattgehabten Extrazüge von hier nach Berlin und umgekehrt stark besetzt. Wie immer lieferten die Berliner Extrazüge ein starkes Kontingent für die Fahrten nach Swinemünde. Vielen derselben, welche nur für den 31. Mai gültige Billets hatten, ging es in sofern schlecht, als sie gestern Abend beim Abgange des Extrazuges nach Berlin genöthigt wurden, mit ihren

zur Rückfahrt nicht mehr gültigen Billets den bereits im Coupé eingenommenen Platz wieder zu räumen und neue Billets zu lösen. Indessen nicht alle waren im Besitze des hierzu noch nöthigen Kleingeldes und führte dieser Umstand zu mancherlei höchst ergötzlichen Scenen. — Auch von der Seerkrankheit ist auf den Swinemünder Fahrten bei dem ziemlich heftigen Winde Mancher betroffen worden, der von diesem Uebel vorher gar keine Ahnung hatte.

— Von dem Pich'schen Holzlager in der Varnitz war vor einiger Zeit aus der Mitte einer Tafel Fichten eine Eiche herausgebroschen und gestohlen. Bei den angestellten Nachforschungen ist dieselbe, indessen bereits zu Planen, Brettern und Schaalen zerschnitten, auf der Baustelle des Kahnbaumeisters F. oberhalb der Eisenbahnbrücke gefunden und sind zwei Kahnbaugesellen des Diebstahls, F. dagegen der Begünstigung des Diebstahls verdächtig. Das geschnittene Holz konnte bestimmt als von der gestohlenen Eiche herrührend refognoszirt werden, wengleich die Diebe die markirten Enden am Jopf und Stamm aus Vorsicht abgeschaiten hatten.

— Die in der letzten Schwurgerichts-Periode bekanntlich zum Tode verurtheilten Franck'schen Eheleute und Wittve Buchholz haben dieser Tage die Nichtigkeitsbeschwerde erhoben.

Vermischtes.

Duisburg, 29. Mai. Dem Köln-Berliner Schnellzuge drohte heute Morgen auf dem hiesigen Bahnhofe ein bis jetzt wohl noch nicht dagewesenes Hinderniß. Es fand sich nämlich kurze Zeit vor seinem Eintreffen ein Exekutor des hiesigen Kreisgerichts dort ein, um im Auftrage des in der Nähe des Bahnhofes wohnenden Wirthes E. die Lokomotive des ankommenden Schnellzugs zu — pfänden. E. hat aus einem kürzlich in Hamm entschiedenen, seit 1862 anhängig gewesenem Prozesse wegen Grundentschädigung an die Köln-Mindener Gesellschaft eine Forderung von circa 1500 Thln., deren Zahlung er bisher von der Direktion trotz wiederholter Aufforderungen nicht erlangen konnte. Er hatte sich deshalb einen Exekutionsbefehl erwirkt und die oben erwähnte Lokomotive zum Pfandobjekt ausersehen. Man kann sich die Gelegenheit des Bahnhofes-Inspektors denken, als ihm der Vollstrecker des Gesetzes den ihm gewordenen Auftrag notifizirte. Indessen gelang es dem Inspektors Zureden und seinem Versprechen, das Geld binnen längstens drei Tagen zu beschaffen, den mitanwesenden Gläubiger Herrn E. zu bestimmen, noch diese Frist sich zu gebulden, — und so konnten dann die Schnellzug-Passagiere unaufgehalten und ohne Ahnung von der ihnen drohenden seltenen Gefahr ihre Fahrt fortsetzen. Wie wir hören, soll die Direktion bereits telegraphisch die Zahlung bis längstens morgen Abend zugesagt haben.

— Aus Uri. Eine Frau, des dreimaligen Versuchs zur Verhaftung ihres Mannes geständig, war vor 5 Jahren zu 10jähriger Zuchthausstrafe verurtheilt worden. Nun erscheint derselbe Gemann, der von Rechts- und Frauenwegen schon 5 Jahre todt sein sollte, neulich vor dem Landrath und bittet unter Thränen um Begnadigung seiner liebevollen Ehehälfte, mußte aber aus Rechtsgründen mit seinem Gesuch abgewiesen werden. Er muß also noch 5 Jahre warten, um so oder so selig zu werden.

(Schlagfertig.) Während einer der letzten Vorstellungen im Queen's Theatre zu London fühlte ein Herr, welcher einen Orchesterstuhl einnahm, seine Füße durch Frauenstiefeln leicht gedrückt. Die Situation, welche ihm anfangs recht angenehm erschien, wurde nach und nach unerträglich, und der Mann, außer Stande, lange an sich zu halten, wendete sich mit einem Male zur Dame, indem er sie aufmerksam machte, daß ihre Füße auf den seinen ruhten. „Das sind Füße?“ rief die Schöne, Erstaunen heuchelnd. „Gewiß!“ — „Ich bitte um Entschuldigung, mein Herr!“ erwiderte die Dame, „ich dachte auf ein Tabouret zu treten; Ihre Füße sind groß genug, um eine derartige Verwechslung verzeihlich erscheinen zu lassen!“ Die Antwort, war eben so derb. Der Herr meinte: „Sehr möglich meine Verehrte, allein ich gebe Ihnen zu bedenken, daß meine Füße unter den Ihren völlig begraben waren.“

Wollbericht.

Glogau, 29. Mai. Der Markt ist beendigt. Von 950 Ctr. sind 750 verkauft, und zwar zu 4, 6 und 8 \mathcal{R} . billiger als im vorigen Jahre. Die Preise variirten zwischen 66 bis 73 \mathcal{R} .

Strehlen, 29. Mai. Der Markt ist flau, da keine Fabrikanten anwesend sind. Das zugeführte Quantum beträgt laut amtlicher Mittheilung 950 Ctr. Käufer waren nur Breslauer Händler. Für Dominalwolle wurden von 70—80 \mathcal{R} . angelegt, für Nupitalwolle 58—64 \mathcal{R} . bewilligt. Wäschchen lassen viel zu wünschen übrig. Bis 11 $\frac{1}{2}$ Uhr war kaum die Hälfte des zugeführten Quantums verkauft. Die Preise stellten sich bei schlechten Wäschchen 5—6 \mathcal{R} unter die vorjährigen Notirungen.

Börsen-Berichte.

Stettin, 2. Juni. Witterung: trübe und regnig. Temperatur + 17° N. Wind: S.

Weizen Anfangs niedriger, Schluß fester, per 2125 Pfd. loco gelber inländischer 83—89 \mathcal{R} . ungarischer 68—78 \mathcal{R} . feiner 80 \mathcal{R} . bez., per 83—85 Pfd. per Juni 86, 85 $\frac{1}{2}$, 86 \mathcal{R} . bez. u. Br., Juni-Juli 82, 81, 82 \mathcal{R} . bez., Juli-August 80, 79, 78, 79 \mathcal{R} . bez. u. Br., September-Oktober 73 \mathcal{R} . bez. u. Br.

Roggen Anfangs flau, Schluß fester, pr. 2000 Pfd. loco 51—55 \mathcal{R} . bez., 81 Pfd. effektiv 58, 60 \mathcal{R} . bez., Juni 53, 52 $\frac{1}{2}$, 53 \mathcal{R} . bez. u. Br., Juni-Juli 51 $\frac{1}{2}$, 51 \mathcal{R} . bez., 51 $\frac{1}{2}$ \mathcal{R} . bez., Juli-August 50 $\frac{1}{2}$, 50 \mathcal{R} . bez. u. Br., September-Oktober 49, 49 $\frac{1}{2}$ \mathcal{R} . bez., Br. u. bez.

Gerste flau, per 1750 Pfd. schlesische, mährische und ungarische 42 bis 45 \mathcal{R} . feine 48 \mathcal{R} . bez., Oberbruch 41 \mathcal{R} . bez.

Safer still, per 1300 Pfd. loco 33 $\frac{1}{2}$ —35 \mathcal{R} . Erbsen ohne Umsatz.

Rüböl wenig verändert, loco 9 $\frac{1}{2}$ \mathcal{R} . Br., Juni 9 $\frac{1}{2}$ \mathcal{R} . bez. u. Br., August-Septbr. 9 $\frac{1}{2}$ \mathcal{R} . Br., 9 $\frac{1}{2}$ \mathcal{R} . Br., Septbr.-Oktober 9 $\frac{1}{2}$ \mathcal{R} . Br., 9 $\frac{1}{2}$ \mathcal{R} . bez. u. Br.

Spiritus weichen bezahlt, loco ohne Faß 17 $\frac{1}{2}$, $\frac{2}{3}$ \mathcal{R} . bez., Juni-Juli 17 $\frac{1}{2}$ — $\frac{1}{2}$ \mathcal{R} . bez., Juli-August 17 $\frac{1}{2}$ \mathcal{R} . bez., August-Septbr. 17 $\frac{1}{2}$ \mathcal{R} . bez. u. Br., Sept.-Okt. 17 $\frac{1}{2}$ \mathcal{R} . bez.

Angemeldet. 250 Wspl. Roggen, 300,000 Quart Spiritus. Regulirungs-Preise: Weizen 86, Roggen 52 $\frac{1}{2}$, Rüböl 9 $\frac{1}{2}$, Spiritus 17 $\frac{1}{2}$.